

Das wird ihnen sicherlich die Schlußfolgerung erleichtern, daß *für Westdeutschland ein Neubeginn in seinen Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik notwendig, ja unvermeidlich ist*. Es gibt keinerlei Raum mehr für Bonner Täuschungs- oder Umgehungsmanöver.

In gewissen Kreisen Westdeutschlands gab es Stimmen, welche der Befürchtung Ausdruck gaben, die neue, sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik werde die Spannungen zwischen den beiden deutschen Staaten weiter verschärfen.

Diese Befürchtung ist unbegründet. Die neue, sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik verschärft nicht die Spaltung Deutschlands und auch nicht die Spannungen zwischen den beiden deutschen Staaten, für welche die in der westdeutschen Bundesrepublik herrschenden Kräfte die volle und alleinige Verantwortung tragen. Im Gegenteil: Die Spannungen können überhaupt erst dann Schritt um Schritt abgebaut werden, wenn die Regierung in Bonn die historisch gewachsenen Realitäten, das heißt die Existenz zweier souveräner deutscher Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen vorbehaltlos anerkennt und der Anknüpfung gleichberechtigter staatlicher Beziehungen auf rechtsverbindlicher Basis zustimmt. Eine weitere Weigerung der Bonner Regierung, einen solchen Vertrag abzuschließen, wie ihn der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Willi Stoph, der Bonner Regierung unterbreitet hat und in dem vor allem eine vertragliche Vereinbarung über den Verzicht auf die Anwendung von Gewalt in den Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander enthalten ist, würde nur beweisen, daß die Bonner Regierung keinen Abbau der Spannungen wünscht, von etwaigem schrittweisem Abbau der Spaltung Deutschlands gar nicht zu reden.

Bei dieser Lage kann die Ernüchterung in Bonn, die von der neuen Verfassung ausgelöst werden wird, nur Gutes stiften. Wenn die westdeutschen Bürger und ihre Regierung endlich die historischen Tatsachen anerkennen, an denen sie ohnehin nichts zu ändern vermögen, dann kann der notwendige Neubeginn in Westdeutschland, von dem ich in meiner Neujahrsbotschaft gesprochen habe, seinen Anfang nehmen. Ich bin überzeugt, daß unsere sozialistische Verfassung dabei gute Dienste leisten wird.

Die nationale Frage in Deutschland ist eine Klassenfrage. Sie ist eine Frage von Sozialismus, Demokratie und Frieden *oder* Monopol-